

Atomindustrie zur Kasse bitten

Gorleben/Berlin. Die Energieversorger sollten nach Ansicht von Umweltschützern die Erkundung weiterer Endlagerstandorte bezahlen. »Die Abfallverursacher müssen zur Kasse gebeten werden«, erklärte die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg am Montag in Gorleben. Die Energieversorgungsunternehmen hätten etwa 30 Milliarden Euro steuerfrei für die nukleare Entsorgung zurückgelegt. Dieses Geld gehöre in einen öffentlich-rechtlichen Fonds und könne dann für die Endlagersuche verwendet werden.

Das »große Manko« der am Wochenende beendeten Endlager-Konferenz in Berlin sei gewesen, daß über die Finanzierung einer alternativen Endlagersuche »kein Wort verloren« worden sei, bemängelte ein Sprecher der Bürgerinitiative. Von Donnerstag bis Samstag hatten mehr als 350 Fachleute aus dem In- und Ausland über die Voraussetzungen für eine neue Endlagersuche in Deutschland beraten. Bislang hat der Staat rund 1,5 Milliarden Euro in die Endlagersuche investiert.(ddp/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/115125.atomindustrie-zur-kasse-bitten.html>